agah
Landesausländerbeirat

**PRESSEMITTEILUNG**

Wiesbaden, den 23.11.2026

# Kein Abschiebezentrum in Ruanda

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) fordert die Bundesregierung auf, die Verhandlungen über ein Abschiebezentrum in Ruanda zu beenden. Deutschland und vier weitere EU-Staaten wollen nach den am 16. November in Wien vorgestellten Plänen bereits 2027 Menschen dorthin abschieben. Betroffen wären zunächst alleinstehende, vollziehbar ausreisepflichtige Männer, deren Rückkehr in ihr Herkunftsland scheitert.

„Wer noch nie in Ruanda gelebt hat, kehrt dorthin auch nicht zurück. Wenn ein Herkunftsland die Rücknahme verweigert, ändert ein Flug nach Kigali daran nichts“, erklärt der agah-Vorsitzende Enis Gülegen. „Die Bundesregierung entscheidet, wer ins Flugzeug steigen muss. Sie trägt auch Verantwortung dafür, was mit diesem Menschen nach der Landung geschieht.“

Die beteiligten Regierungen stellen den Betroffenen ein Aufenthaltsrecht in Ruanda in Aussicht und kündigen unabhängige Kontrollen an. Wer auf Dauer dort bleiben muss, braucht auch eine Wohnung und ein Einkommen. Wer Gewalt erlebt oder sich gegen eine weitere Abschiebung wehren muss, braucht Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung und zu einem Gericht, das rechtzeitig eingreifen kann. In Ruanda sitzen nach Angaben von Human Rights Watch Journalist*innen und Oppositionelle in Haft. Wie sollen Betroffene unter diesen Bedingungen Missstände öffentlich machen können, ohne sich selbst zu gefährden?

Welche Gefahr solche Zentren für queere Menschen bergen können, zeigt das Beispiel Uganda. Auch dieses Land wurde als Standort ins Gespräch gebracht. Dort drohen für einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen lange Haftstrafen.

„Die Bundesregierung will mit diesen Plänen ein Signal senden. Aber kein Mensch darf gegen seinen Willen nach Ruanda gebracht werden, damit sein Schicksal andere abschreckt. Auch wer kein Bleiberecht hat, hat ein Recht darauf, dass seine Würde geachtet wird“, so der agah-Vorsitzende Enis Gülegen.

Für das geplante Zentrum in Ruanda sind zunächst rund 100 Plätze im Gespräch. Wie teuer eine solche Politik werden kann, zeigt das britische Beispiel. Für sein inzwischen eingestelltes Vorhaben, Asylverfahren nach Ruanda auszulagern, zahlte Großbritannien nach Angaben seines Innenministeriums 290 Millionen Pfund an Ruanda. Kein einziger Asylsuchender wurde im Rahmen dieses Programms zwangsweise dorthin gebracht.

Die agah fordert die hessische Landesregierung auf, sich beim Bund gegen das Vorhaben auszusprechen. „Wer Rückkehr ermöglichen will, muss mit den Herkunftsländern verhandeln. Die Mittel für ein Abschiebezentrum wären in unabhängiger Beratung und fairen Verfahren hier in Europa besser angelegt“, so Gülegen.

**agah - Landesausländerbeirat**
Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen

**Kaiser-Friedrich-Ring 31**
65185 Wiesbaden

**T 0611 98995-0 | F 0611 98995-18**
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de